

## **DEMOKRATIE VERTEIDIGEN!**

### **Position des Bundesjugendwerks der AWO zur Prüfung eines Parteiverbotes der AfD**



#### **Demokratie, Vielfalt und Solidarität schützen: Bedrohung durch die AfD**

Das Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt (AWO) ist der eigenständige Kinder- und Jugendverband der AWO und ein bundesweit aktiver Zusammenschluss von jungen Menschen. Unsere Werte – Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Toleranz, Emanzipation– sind fest in unserer Satzung und unseren Leitsätzen verankert (vgl. Leitsätze des Jugendwerks der AWO in Punkt 2). Als politischer Kinder- und Jugendverband setzen wir uns dafür ein, junge Menschen zu befähigen, Verantwortung zu übernehmen, „undemokratischen Tendenzen innerhalb der Gesellschaft entgegenzuwirken“ (vgl. Leitsätze des Jugendwerks der AWO in Punkt 4) und sich aktiv für eine demokratische, inklusive und gerechte Gesellschaft einzusetzen. Unsere Vision ist eine Welt, in der Vielfalt als Bereicherung gesehen wird und alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können.

Dieses Leitbild wird jedoch zunehmend durch extrem rechte Ideologien und antidemokratische Strömungen bedroht. Die Alternative für Deutschland (AfD) hat sich zu einer zentralen Akteurin entwickelt, die extrem rechte sowie demokratiefeindliche Positionen in Politik und Gesellschaft vertritt und normalisieren will. Diese Entwicklung stellt eine ernste Gefahr für die offene, pluralistische Gesellschaft dar, die wir verteidigen müssen.

#### **Die AfD als Gefahr für die Demokratie**

Durch ihre Forderungen und politischen Strategien versucht die AfD, die gesellschaftliche Akzeptanz für extrem rechte Positionen zu erhöhen und die Grundlagen unserer pluralistischen Gesellschaft zu untergraben. Ihre Programmatik und ihr Auftreten sind geprägt von Rassismus, Nationalismus und einer Ablehnung demokratischer Grundprinzipien. Ihre Forderungen zielen auf eine Gesellschaft ab, die auf Ausgrenzung und Ungleichheit basiert. Das alles widerspricht sowohl den Werten und dem Satzungszweck des Bundesjugendwerks der AWO als auch den Prinzipien des Grundgesetzes. Es liegen deutliche Hinweise auf eine Verfassungswidrigkeit der Partei vor, die von verschiedenen Institutionen, darunter das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), dokumentiert worden sind.<sup>1 2</sup> Es wird mit einer Einstufung der Gesamtpartei als „gesichert extremistisch und verfassungsfeindlich“ gerechnet, das Gutachten dazu hat der BfV jedoch noch nicht veröffentlicht.<sup>3</sup>

#### **Unsere Verantwortung als politischer Jugendverband**

Als Bundesjugendwerk der AWO tragen wir eine besondere Verantwortung. Unsere Satzung verpflichtet uns zur Förderung der Jugendhilfe, zur Stärkung von Chancengleichheit und zur Vermittlung demokratischer Werte. Unsere Bildungsarbeit basiert auf den Prinzipien der

<sup>1</sup> Vgl. Deutsches Institut für Menschenrechte (2023): Warum die AfD verboten werden könnte. Empfehlungen an Staat und Politik, <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/warum-die-afd-verbotten-werden-koennte>

<sup>2</sup> Vgl. RAV (09.01.2025): Offener Brief von 200 Jurist\*innen: Ein Verbotsverfahren gegen die AfD hat Aussicht auf Erfolg, <https://www.rav.de/publikationen/mitteilungen/mitteilung/demokratie-und-menschenwuerde-schuetzen-mehr-als-200-juristinnen-fordern-einleitung-eines-verbotsverfahrens-gegen-die-afd-1094>

<sup>3</sup> Vgl. ARD (12.11.2024): Bundesverfassungsschutz. Keine AfD-Hochstufung vor Neuwahlen?, <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-verfassungsschutz-neuwahl-100.html>

## **DEMOKRATIE VERTEIDIGEN!**

### **Position des Bundesjugendwerkes der AWO zur Prüfung eines Parteiverbotes der AfD**



Solidarität, Inklusion und Antidiskriminierung. Diese Werte stehen im direkten Widerspruch zu den Ideologien und politischen Zielen der AfD. Rassismus, Ausgrenzung und das Leugnen der Gleichwertigkeit aller Menschen sind mit den Grundsätzen unseres Verbandes unvereinbar.<sup>4</sup>

Während der Zeit des Nationalsozialismus wurde die AWO verboten und ihre Mitglieder wurden verfolgt. Als Jugendverband einer Organisation, die selbst unter antidemokratischen Ideologien gelitten hat, empfinden wir eine besondere Betroffenheit und sehen es als unsere Verpflichtung an, entschieden gegen jede Form von Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit einzutreten. Dies bedeutet für uns auch, aus der Vergangenheit zu lernen und aktiv zur Stärkung einer demokratischen Kultur beizutragen. Es ist unsere Aufgabe, jungen Menschen die Gefahren extrem rechter Ideologien aufzuzeigen, sie für die Werte der Demokratie zu begeistern und sie darin zu unterstützen, Diskriminierung, Hass und Ausgrenzung entgegenzutreten.

Wir sind uns bewusst, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist und kontinuierlich verteidigt werden muss. Deshalb setzen wir uns sowohl in unserer Bildungsarbeit als auch in unserer politischen Arbeit dafür ein, junge Menschen zu ermutigen, sich als aktive Gestalter\*innen einer solidarischen und offenen Gesellschaft einzubringen.

#### **Demokratie braucht Schutz – jetzt handeln!**

Wir fordern Bundestag, Bundesrat sowie die Bundesregierung auf, alle notwendigen Schritte einzuleiten, um die Demokratie in Deutschland vor Angriffen durch demokratiefeindliche Parteien zu schützen. Die Prüfung eines Parteiverbotsverfahrens gegen die AfD durch das Bundesverfassungsgericht ist aus unserer Sicht ein notwendiger Schritt. Ein Parteiverbot ist ein starkes und außergewöhnliches Instrument. Die historischen Erfahrungen des Nationalsozialismus haben dazu geführt, dass es Instrumente der wehrhaften Demokratie gibt. Ein Parteiverbot sorgt nicht für das Verschwinden von demokratiefeindlichen Einstellungen, würde aber einer Instrumentalisierung demokratischer Institutionen entgegenwirken und die Finanzierung extrem rechter Strukturen durch öffentliche Mittel stoppen. Angesichts der bestehenden Gefahren für unsere demokratische Ordnung halten wir es für gerechtfertigt, eine Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht einzuleiten. Sollte die AfD als verfassungswidrig eingestuft werden, darf sie nicht weiter die Möglichkeit haben, parlamentarische Macht für die Aushöhlung unserer Demokratie zu nutzen.

Wir appellieren an alle Wahlberechtigten, sich für eine offene und solidarische Gesellschaft einzusetzen. Jede\*r Einzelne trägt Verantwortung dafür, demokratische Werte zu verteidigen und menschenfeindlichen Ideologien keinen Raum zu geben. Wir fordern deshalb die Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland auf, ein Parteiverbotsverfahren der AfD zu prüfen und damit ein klares Zeichen für den Schutz unserer Demokratie zu setzen. Jetzt ist die Zeit, Verantwortung zu übernehmen und für eine Zukunft einzustehen, die auf Gerechtigkeit, Gleichwertigkeit und Respekt basiert.

---

<sup>4</sup> Vgl. Deutsches Institut für Menschenrechte (2021): Nicht auf dem Boden des Grundgesetzes. Warum die AfD als rassistische und rechtsextreme Partei einzuordnen ist, <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/nicht-auf-dem-boden-des-grundgesetzes>